

**„Strukturelle Mehrheit“ des linken Lagers?  
Das schnelle Ende einer Illusion.**

**Anmerkungen zur politischen Kräftekonstellation nach den  
Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen**

**Lothar Probst  
Universität Bremen  
Institut für Politikwissenschaft**

**Tel. 0421 218-3236  
e-mail [probst@uni-bremen.de](mailto:probst@uni-bremen.de)**

In gekürzter Form veröffentlicht in der Kommune, Heft 2/2003.

Anfang der achtziger Jahre, als die Grünen ihre ersten Wahlerfolge feierten, reagierten die Sozialdemokraten zunächst mit einer Strategie der Ausgrenzung auf die neue Konkurrenzpartei. Man sah in den Grünen „Fleisch vom eigenen Fleische“ und hoffte darauf, dass die Ökopartei ein temporäres Phänomen bleiben würde. Deren Wähler, so das Kalkül, würden schon von selbst in den Schoß der SPD zurückkehren. Doch als man realisierte, dass die Grünen sich erfolgreich im Parteiensystem der Bundesrepublik festgesetzt hatten, vollzog sich in der SPD ein Strategiewechsel. Es war Willy Brandt, der in dieser Zeit die berühmt gewordene Formel von einer „Mehrheit links von der Union“ prägte. Die Grünen nicht in erster Linie als Konkurrenzpartei, sondern als strategischer Partner an der Seite der SPD – das war die neue Vision, mit der man die konservativ-liberale Mehrheit in der Bundesrepublik brechen wollte. Tatsächlich zeichnete sich Ende der achtziger Jahre in den Umfragen eine arithmetische Mehrheit für SPD und Grüne ab. Doch die deutsche Einheit ließ die Blühtträume von dieser Mehrheit bekanntlich zerplatzen und verschaffte Helmut Kohl die Möglichkeit, die konservativ-liberale Mehrheit für weitere acht Jahre zu behaupten.

Als es Rot-Grün im dritten Anlauf 1998 doch noch gelang, das Projekt „Mehrheit links von der Union“ Wirklichkeit werden zu lassen, waren politische Beobachter und Parteienforscher in ihrer Beurteilung dieser neuen Mehrheit noch vorsichtig und sprachen von einer „Ausnahmewahl“. Zu eindeutig war die politische Stimmung der Wähler nach 16 Jahren Kohl auf einen Regierungswechsel ausgerichtet gewesen. Immerhin hatte die SPD mit ihrer Rhetorik von der neuen Mitte erfolgreich im Wählerreservoir der Union wildern können. Die Grünen als strategischer Partner für die neue Mehrheit zeigten dagegen Schwächen, so dass Schröder nur dank der komfortablen Mehrheit aufgrund der Überhangmandate der SPD das „Risiko“ einer rot-grünen Koalition einging. Insofern traute auch die Parteienforschung der neuen Mehrheit noch nicht so richtig über den Weg.

Vier Jahre später, im Frühsommer 2002, als alles nach einer Niederlage für die Regierungskoalition aussah, gingen bekannte Parteienforscher wie Peter Lösche bereits davon aus, dass Rot-Grün eine kurze Episode in der Geschichte der Bundesrepublik bleiben würde und machten dafür vor allem die schlechte Regierungsbilanz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verantwortlich. Als es Rot-Grün dann wider Erwarten doch noch schaffte, eine knappe Mehrheit zu behaupten, standen sich in der Interpretation des Wahlergebnisses zwei Positionen gegenüber. Die einen diagnostizierten eine „Zufallsmehrheit“ (Joachim Raschke), die sich dem Anti-Stoiber-Effekt in Nord- und Ostdeutschland, der Stimmung gegen die amerikanische Kriegsrhetorik in der Irak-Frage und den Folgen der Flutkatastrophe in Ostdeutschland verdankte, die anderen deuteten das Ergebnis im Sinne eines längerfristigen Trends zugunsten des rot-grünen Lagers. In diesem Kontext erfuhr Willy Brandts Formel von der „Mehrheit links von der Union“ eine Aktualisierung und Erweiterung. Die Ursache für den Wahlerfolg von Rot-Grün, so eine Reihe von Parteienforschern und politischen Kommentatoren, liege in einer „strukturellen Mehrheit“ des linken Lagers. So vertrat Peter Lohauß in der Kommune (Heft 11/2002) die Auffassung, dass „die Ergebnisse der Wahl 2002 die These nahe(legen), dass die Union 1998 nicht nur vorübergehend, sondern strukturell ihre Mehrheitsfähigkeit in Deutschland eingebüßt“ habe. Das Ergebnis der Bundestagswahl in den einzelnen Bundesländern kommen

tierend, sprach er sogar davon, dass die Union „außerhalb Bayerns und Baden-Württembergs nichts mehr“ bewege.

Die These von einer „strukturellen“ Mehrheit links von der CDU hebt ja nicht in erster Linie auf Mehrheiten im Sinne von Koalitionsarithmetik ab, sondern geht von einer neuen politisch-hegemonialen Stellung des rot-grünen Lagers in Bezug auf Wählerschichten aus und dreht gewissermaßen die alte Einschätzung von der „strukturellen Mehrheitsfähigkeit“ der CDU in der Geschichte der Bundesrepublik um. Strukturell ist eine Mehrheit dann, wenn sie aus den sozialen Verhältnissen und Bedingungen heraus entsteht und einer Partei oder einer bestimmten Parteienkoalition – jenseits der Kontingenz des Politischen – immer wieder aufs Neue Mehrheiten garantiert. In diesem Sinne galt die Bundesrepublik über Jahrzehnte als nahezu uneinnehmbare Bastion der CDU. Tatsächlich gelang es der CDU, mit Ausnahme des Jahres 1972 (als die SPD nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt zum ersten Mal die Union auf den zweiten Platz verwies), fast 50 Jahre lang das bürgerlich-konservative und einen Teil der bürgerlich-liberalen Milieus um sich zu scharen und immer wieder stärkste Partei zu werden. Wenn sich die Fähigkeit der Union in diesem Sinne hegemonial zu wirken tatsächlich erschöpft haben sollten, so müsste dies – folgt man der These von der neuen „strukturellen Mehrheitsfähigkeit“ des linken Lagers – auf signifikante Verschiebungen und Veränderungen in der sozialstrukturellen Entwicklung der Wählerschaft in der Bundesrepublik zurückzuführen sein. Anders ausgedrückt: Die seit langem konstatierte Erosion traditioneller Wählermilieus in Folge von Modernisierungsprozessen wirkt sich perspektivisch vor allem zuungunsten des bürgerlichen Lagers aus. Für diese These spricht die Tatsache, dass es die CDU bei der Bundestagswahl 2002 trotz ihrer Gewinne nicht vermochte, in einem relevanten Umfang „moderne“ Großstadtwähler aus den Mittelschichten dazu zu gewinnen. Ein weiteres Manko war die Schwäche der Union bei den Frauen. Hier hat die SPD einen Vorsprung von 4 % vor der CDU, Rot-Grün zusammen sogar von 7 % gegenüber Schwarz-Gelb (51 % zu 44 %). Allerdings war die Wahl auch durch starke regionale Unterschiede im Wahlverhalten bestimmt. Die Union mit Stoiber als Spitzenkandidaten holte in Bayern mehr Stimmen als die Grünen in der ganzen Republik, dafür lag die SPD in den ostdeutschen Bundesländern mit 11,5 % vor der Union. Außerdem konnte die SPD in der Mitte und im Norden Deutschlands ihre 1998 errungene Mehrheit mit deutlich über 40 % vor der Union (33,5 % im Norden) verteidigen (alle Zahlen aus Dieter Roth/Matthias Jung, Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: APuZ B 49-50/2002, S. 3-17).

Wie gewagt und voreilig es allerdings war, aus diesen Daten auf eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit des linken Lagers zu schließen und sogar, wie Peter Lohauß, von einer „strukturellen Mehrheit [des linken Lagers] in den Bundesländern“ zu reden, hat der Ausgang der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen gezeigt. Gerade die föderale Gliederung der Bundesrepublik wissen die Wähler seit langem im Sinne von Checks and Balances zu nutzen. Ein Blick auf die politische Länderkarte zeigt, wie dramatisch sich in dieser Hinsicht die Situation seit dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 1998 verändert hat. Damals wurden 13 von 16 Bundesländern von der SPD geführt. Inzwischen gibt es nur noch eine jeweils rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, eine rot-gelbe Landes-

regierung in Rheinland-Pfalz, zwei rot-rote Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und zwei von der SPD geführte Große Koalitionen in Brandenburg und Bremen. Der gesamte Süden von Sachsen über Hessen bis zum Saarland ist mittlerweile tiefschwarz eingefärbt. Durch den Regierungswechsel vor eineinhalb Jahren in Hamburg und jetzt in Niedersachsen besetzt die CDU langsam aber auch das landespolitische Terrain im bisher von der SPD dominierten Norden. Vor diesem Hintergrund ist die bei der Bundestagswahl 2002 noch behauptete Mehrheit im Norden der Republik keineswegs mehr sicher.

Im Hinblick auf den Topos von der „strukturellen Mehrheitsfähigkeit“ sollte aber vor allem zu denken geben, dass die phänomenalen Wahlerfolge der Union in Hessen und Niedersachsen sich nicht allein als kurzfristige Reaktion auf die miserable Performance der rot-grünen Bundesregierung erklären lassen. Sowohl in Hessen als auch in Niedersachsen haben sich bundes- und landespolitische Gesichtspunkte bei der Wahlentscheidung im Sinne von Synergieeffekten wechselseitig verstärkt. Die Wahlanalysen aller Institute heben hervor, dass die Landespolitik unter Sigmar Gabriel schon vor der Wahl schlechte Noten erhalten hatte, während in Hessen eine von den Wählern als erfolgreich eingeschätzte Landespolitik das Fundament für den überragenden Sieg von Roland Koch war. In beiden Fällen ist es der CDU gelungen, auf breiter Front sowohl in traditionelle sozialdemokratische Wählerschichten einzubrechen als auch moderne, urbane und jüngere Wähler zu gewinnen. Bei den Arbeitern konnte die CDU in beiden Bundesländern Zugewinne von über 15 % erzielen, bei den Gewerkschaftsmitgliedern in Niedersachsen 11 %. Gleichzeitig wählten 43 % der Wähler mit einem hohen Bildungsstatus die CDU. Noch eindeutiger sind die Zahlen bei den Wählern unter 30. Die CDU erreichte hier Spitzenergebnisse von fast 50 % (alle Zahlen nach Angaben von Infratest-dimap). Es kann insofern überhaupt nicht davon die Rede sein, dass das „linke Lager“ eine strukturell gefestigte Hegemonialstellung im Segment der „modernen“ Wählerschichten gewonnen hat.

Welche Konsequenzen lassen sich aus der Entwicklung des Wahlverhaltens in den letzten Jahren ziehen?

1. Nichts spricht dafür, dass sich die Erosion traditioneller Wählermilieus dauerhaft nur für die Union nachteilig auswirkt. Von der Fragmentierung der Wählerschaft und der abnehmenden Identitätsbindung an ein bestimmtes politisches Lager sind vielmehr beide Volksparteien gleichermaßen betroffen. Gerade das sozialdemokratische Wählerpotenzial zeigt nicht nur in Deutschland, sondern auch in einigen europäischen Nachbarländern starke zentrifugale Tendenzen (und kann zeitweilig, wie die Beispiele Österreich und die Niederlande in den letzten Jahren gezeigt haben, auch durch populistische Mobilisierungen angesprochen werden). Klassische sozialdemokratische Wähler fühlen sich durch die Anleihen der SPD bei der neoliberalen Agenda abgestoßen, wenn es um die anstehenden Reformvorhaben geht, während die im Zuge der Politik der neuen Mitte hinzugewonnenen Wähler durch die zögerliche Umsetzung der immer wieder angekündigten, dann aber verwässerten Reformschritte sich wieder enttäuscht abwenden. In Niedersachsen verlor die SPD bei den Arbeitern 24 %, bei den Angestellten 17 % und bei den Arbeitslosen 14 % an Zustimmung. Die CDU dagegen hat es – trotz zum Teil schwieriger Bedingungen, wenn man an die

bittere Niederlage von 1998 und an die Folgen der Kohl-Affäre denkt – in den letzten Jahren durchaus geschafft, wieder Profil zu gewinnen und gerade bei Landtagswahlen Wähler anzusprechen, die nicht zur klassischen Klientel der Union gehören. Selbst mit einem explizit konservativen Politik- und Regierungsstil, wie ihn Roland Koch pflegt, konnte die Union in Hessen, immerhin jahrzehntelang ein Kernland der SPD, eine absolute Mehrheit erzielen und dabei nicht nur das bürgerliche Lager, sondern auch sozialdemokratische Wähler und moderne Wähler aus den Dienstleistungszentren und größeren Städten hinzugewinnen.

2. So leichtfertig es war, nach der Bundestagswahl 2002 bereits von einer „strukturellen Mehrheit“ des linken Lagers zu fabulieren, so verkehrt wäre es jetzt, aus den jüngsten Erfolgen der CDU wiederum auf eine Kehrtwende in Richtung „strukturelle Mehrheitsfähigkeit“ der Union zu schließen. Das Pendel kann auch sehr schnell wieder zurück schwingen und neue Kräftekonstellationen erzeugen. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass das Verhältnis zwischen sozialstrukturell beeinflussten Faktoren des Wahlverhaltens, langfristigen politischen Überzeugungen und Bindungen der Wähler und kurzfristigen Stimmungslagen und kontextgebundenen Abwägungen beim Wahlverhalten sich stärker in Richtung der letzten beiden Faktoren verschoben hat. Dies lässt sich u.a. an der höheren Wechselwählerbereitschaft und einem ausgeprägten situativen Nichtwahlverhalten nachweisen. Die Wähler sind im wahrsten Sinne des Wortes wählerischer geworden. Sie nutzen ihre Stimmen sehr differenziert und flexibel und reagieren schnell und „brutal“ auf eine schlechte Politikperformance. Sie lassen sich zugleich – jenseits der Beurteilung der politischen Leistungsfähigkeit und Effizienz des Regierens - über Fragen, die soziokulturelle Werthaltungen, Orientierungen oder auch tiefer liegende Identitätsfragen betreffen und polarisierend wirken, sowohl in die eine als auch in die andere Richtung mobilisieren. Dadurch sind die Wahlergebnisse – das zeigen die Landtagswahlen seit 1998 - zum Teil durch außerordentlich große Schwankungen gekennzeichnet. So sind einerseits Stimmenverluste in Höhe von mehr als 15 %, wie für die CDU bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2001 in Berlin oder wie für die SPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2002 keine Seltenheit mehr (fünf Monate nach diesem desaströsen Ergebnis haben dieselben Wähler der SPD in Sachsen-Anhalt bei der Bundestagswahl zu 43,2 % und zwei Überhangmandaten verholfen). Andererseits können Parteien geradezu kometenhaft nach oben schießen - wie die Schill-Partei 2001 in Hamburg oder die FPD 2002 in Sachsen-Anhalt. Wir erleben zurzeit aufgrund der enorm gewachsenen Wählervolatilität eine Dynamisierung des Parteiensystems. Fall und Wiederaufstieg von Parteien, hohe Verluste und hohe Gewinne liegen heute sehr viel dichter beieinander als früher. Die Stabilität, die das bundesrepublikanische Parteiensystem mit seinem internen Konsenszwang lange Zeit ausgezeichnet hat, ist insofern fragiler geworden.

3. Die hohe Volatilität im Wahlverhalten ist zwar in Ostdeutschland aufgrund der Neukonfiguration des Parteiensystems nach 1990 stärker ausgeprägt, aber längst kein typisch ostdeutsches Phänomen mehr. Auch in den alten Bundesländern stehen Wahlergebnisse zunehmend im Zeichen eines außerordentlich flexiblen Wahlverhaltens. Joachim Raschke hat vor diesem Hintergrund über das Ende „struktureller Mehrheiten“ räsoniert (vgl. Taz vom 4.11.2002, Strukturen für die Zufallsmehrheit),

gleichzeitig aber die „Verfestigung zweier gleichstarker Lager“ konstatiert, zwischen denen die „strukturierte Beweglichkeit“ der Wähler jeweils knapp entscheiden könne. Konstitutiv für dieses Festhalten an der „Lagertheorie“ ist die Behauptung, dass „Bewegungen“ nur „innerhalb des jeweiligen politischen Lagers statt(finden)“, sich aber nicht im „Überschreiten der Lagergrenze“ (Raschke) ausdrücken. Nicht erst seit dem Ausgang der Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen ist diese These zu hinterfragen. Bereits 1999 wechselten bei der Landtagswahl im Saarland 18.000 Grünen- und 25.000 SPD-Wähler zur CDU. In Sachsen hat die CDU dagegen im selben Jahr 21.000 Stimmen an die PDS verloren. Auch bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2001 hat die CDU 62.000 Stimmen an die SPD und 29.000 Stimmen an die PDS abgegeben. Die SPD wiederum verlor 2001 in Hamburg 43.000 Wähler an die Schill-Partei. Wirklich dramatisch sind die Zahlen jetzt bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen: die CDU hat in Niedersachsen 305.000, in Hessen 77.000 Wählerstimmen von der SPD gewonnen (alle Zahlen nach Angaben von Infratest-dimap). Diese Zahlen zeigen, dass die Loyalität der Wähler zu den Lagern keine verlässliche Größe mehr ist. Cross-over Bewegungen sind durchaus im Bereich des Möglichen. Die Parteien werden aufgrund der enormen Beweglichkeit der Wähler in Zukunft noch stärker darauf angewiesen sein, von Wahl zu Wahl neue Wählerkoalitionen zu schmieden, die das eigene Milieu oder Lager überschreiten.

4. Die These von der „strukturellen Mehrheit“ des einen oder des anderen Lagers macht überhaupt nur Sinn, solange man weiterhin in den Kategorien eindeutig zu verortender politischer Lager denkt. Im subjektiven Bewusstsein vieler Parteimitglieder und Wähler wirken die Lager zweifelsohne fort und mobilisieren Zustimmung und Ablehnung. Nach dem gescheiterten Versuch der FPD, mit Hilfe einer Äquidistanzstrategie zu beiden Volksparteien als „Partei des ganzen Volkes“ auf Stimmenfang zu gehen, sieht es sogar so aus, als würden die Lager wieder stärker denn je zusammenrücken. Schwarz-Gelb in Niedersachsen dürfte in diesem Zusammenhang denjenigen in der Union und in der FDP Auftrieb geben, die dies für die „natürliche“ Konstellation im bürgerlichen Lager halten (zumal das Zweitstimmenverhalten der CDU-Wähler zugunsten der FDP eindeutig ausgefallen ist). Gleichwohl ist die „Unübersichtlichkeit“ auch in dieser Beziehung größer geworden als früher. Die CDU unter Angela Merkel bemüht sich, „sozialer“ aufzutreten als die SPD und traditionelle sozialdemokratische Wähler zu umwerben. Dass die Union ihre Schwächen nach der verlorenen Bundestagswahl durchaus treffend zu analysieren verstand, zeigt auch die von Merkel zaghaft angestoßene Debatte über die Öffnung der CDU für urbane und moderne Wählerschichten. Die SPD ist hin- und her gerissen zwischen der Verteidigung klassischer sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen und einer an neoliberalen Idealen angelehnten Modernisierungsstrategie. Die Grünen besetzen nach wie vor erfolgreich den Pol kultureller Modernisierung, stehen in Fragen der notwendigen Sozialstaatsreformen der CDU aber zum Teil näher als der SPD. Neue Konstellationen und Koalitionen sind zukünftig deshalb nicht ausgeschlossen, wenn auch kurzfristig nicht sehr wahrscheinlich. Die geringste Beweglichkeit haben sich in dieser Hinsicht bisher die Grünen auferlegt. Je mehr Rot-Grün sich als Reformprojekt verbraucht und je tiefer die SPD fällt, desto mehr werden sich allerdings auch die Grünen fragen müssen, ob sie eine one-way Koalitionspartei bleiben wollen. Sich freiwillig auf eine Rolle als strategische Ersatzreserve der SPD festlegen zu lassen,

um Mehrheiten „links von der Union“ zu sichern, wäre nicht nur dumm, sondern wird unter den jetzigen Voraussetzungen auch nicht mehr funktionieren oder könnte – wie in Hessen und Niedersachsen – dazu führen, dass die Grünen dauerhaft auf das Oppositionsgleis geschoben werden. Man darf vor diesem Hintergrund gespannt sein, wie lange es dauern wird, bis der höheren Beweglichkeit der Wähler auch eine höhere Beweglichkeit der Parteien in ihren koalitionspolitischen Optionen folgen wird.